

Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Grün für ländliche Räume

> Jens Marco Scherf

Das Positive und Bemerkenswerte vorneweg: Das Thema „ländliche Räume“ ist stark verankert im Koalitionsvertrag. Gut, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Leitlinie gemeinsam mit den drängenden Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung unter Einbeziehung der Landkreise, Städte und Gemeinden angegangen werden soll. Worauf es nun angesichts der Dimension der Herausforderungen besonders ankommt, ist die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung und der kommunalen Finanzen. Je weniger Gängelung, umso mehr Eigeninitiative und Fortschritte wird es geben!

Was bislang Gemeinden und Landkreise hemmt, ist die Unzahl von Förderprogrammen. Das Förderwirrwarr muss unbedingt vereinfacht werden, der bereits oft misslungene Versuch einer zentralen Kontrolle und oft kurzfristiger Projektfinanzierung darf nicht wiederholt werden. Der Digitalpakt des Bundes machte leidvoll erfahrbar, wie Scheitern bürokratisch verursacht wird! Gerade beim Aufstocken von Investitions- und Sanierungsprogrammen muss darauf geachtet werden, dass die Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit der kommunalen Ebene gestärkt werden. Dazu brauchen wir eine klare Aufgabendefinition. Auf dieser Basis muss die neue Bundesregierung die Kommunen befähigen, ihre Aufgaben und Herausforderungen bei der Unterstützung der Wirtschaft beim ökologischen Transformationsprozess wie auch bei der Energiewende, der Verkehrswende und dem Klimaschutz aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln zu bewältigen.

Die Landkreise sind dazu bereit, ihren Anteil an der Bewältigung der großen Zukunftsaufgabe Klimaschutz zu leisten.

Dafür müssen wir vom Bund respektiert, geschätzt und unterstützt werden – denn eine große Zahl der notwendigen Projekte und Schritte zur klimaneutralen Produktion, Mobilität, Verwaltung werden auf der kommunalen Ebene gegangen werden.

Gerade der Blick auf Fragen der Verkehrswende, der notwendigen Stärkung des ÖPNV und neuer, flexibler Mobilitätsangebote in den ländlichen Räumen macht uns klar: Wir brauchen neben der Bündelung von Förderprogrammen ergänzend eine Stärkung der kommunalen Steuerausstattung!

Positiv ist die Konkretisierung im Koalitionsvertrag hinsichtlich des Engagements für mehr Wohnungsbau, denn auch in manchen ländlichen Räumen fehlt bezahlbarer Wohnraum, sowie zur Förderung der Innenstadtstrategie, einem Potentialflächenregister und die stärkere Gewichtung auf die Aufgabe der Digitalisierung. Unbedingt erwähnen möchte ich das Vorhaben, die Belastungen für pflegebedürftige Menschen weiter zu reduzieren, denn eine gute Pflege ist eine von vielen drängenden Zukunftsfragen.

Die Richtung und die Schwerpunkte stimmen, jetzt kommt es auf die Umsetzung und Befähigung der Gemeinden, Städte und Landkreise an, damit diese ihren Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten können.

> Jens Marco Scherf (Grüne) ist seit 2014 Landrat des unterfränkischen Landkreises Miltenberg.



Foto: Anna Hornstein